

## Zuwanderung

# Inspektoren finden Tausende Fälle von Lohndumping

VON MAJA BRINER

Sie sind ein Knackpunkt in den Verhandlungen mit der EU: Die flankierenden Massnahmen, mit denen die Schweiz Lohndumping verhindern will. Gestern zog das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) seine jährliche Bilanz dazu - und betonte die Bedeutung der flankierenden Massnahmen. Weil das Schweizer Lohnniveau viel höher ist als im umliegenden Ausland, seien diese für den Schutz der Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz wichtig, sagte der Leiter der Direktion Arbeit beim Seco, Boris Zürcher.

Im vergangenen Jahr überprüften die zuständigen Stellen 44 000 Betriebe und 170 000 Personen - und deckten Tausende Verstösse auf. Bei 13 Prozent der kontrollierten Schweizer Arbeitgeber stellten die Inspektoren fest, dass keine orts- und branchenüblichen Löhne bezahlt wurden. Bei den Firmen aus dem Ausland waren es gar 16 Prozent. Beide Zahlen sind höher als in den Vorjahren. Noch höher liegt die Quote der Verstösse gegen allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge. Allerdings sind all diese Angaben mit Vorsicht zu geniessen, denn kontrolliert

wird vor allem in Branchen, in denen es Probleme gibt.

Laut Seco sind die flankierenden Massnahmen wirksam und zweckmässig. Der EU sind diese allerdings seit Jahren ein Dorn im Auge. Bei den derzeit laufenden Verhandlungen über ein Rahmenabkommen macht die EU diesbezüglich Druck. Das ruft hierzulande insbesondere auf linker Seite Widerstand hervor. Die von der EU-Kommission geforderte Abschaffung eines Teils der Massnahmen «wäre Gift für den Lohnschutz in der Schweiz», kritisiert der Gewerkschaftsbund. Unter Beschuss kommen die flankierende Massnahmen auch von der SVP: Diese hätten «unseren liberalen Arbeitsmarkt total zerstört», kritisierte Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher (GR) kürzlich. Die SVP fordert eine Rückkehr zum früheren Kontingentsystem.

Ohne die SVP-Kritik zu erwähnen, gab Boris Zürcher gestern implizit eine Antwort darauf. Der Wechsel weg vom Kontingentsystem habe für die Arbeitgeber «eine erhebliche administrative Entlastung» gebracht, betonte er. Zudem dürfe die indirekte Steuerungsfunktion auf die Zuwanderung nicht unterschätzt werden.

---